

EE-Regionen: Sozialökologie der Selbstversorgung.

Erneuerbare Energien im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

**Ausgewählte Ergebnisse einer wiederholten Bevölkerungsbefragung
in den Jahren 2010 und 2012.**



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



| i | ö | w

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Impressum

Autoren:

Michael Kress (unter Mitarbeit von Ulrike Jacob)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung (IÖW)
Büro Heidelberg
Bergstrasse 7
D-69115 Heidelberg
E-mail: michael.kress@ioew.de
www.ioew.de
www.ee-regionen.de

Stand: Februar 2013

Förderung:

Die dieser Studie zugrunde liegende Bevölkerungsbe-
fragung wurde im Rahmen der Forschungsgruppe EE-
Regionen (www.ee-regionen.de) durchgeführt.

Kooperationspartner sind das Zentrum für Erneuerbare
Energien (ZEE) der Albert-Ludwigs-Universität Frei-
burg (Gesamtprojektleitung) und das Institut für
Landschafts- und Pflanzenökologie der Universität Ho-
henheim.

Die Forschungsgruppe wird finanziert vom
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
im Förderschwerpunkt Sozial-ökologische Forschung
(FKZ 01UU0902C).

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



| i | ö | w

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



Erneuerbare Energien im Landkreis Lüchow-Dannenberg – Einstellungen, Befürchtungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger¹

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat sich eine Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien (EE) zum Ziel gesetzt. Um die mit diesem politischen Ziel und dem regionalen Ausbau von EE verbundenen Einstellungen, Befürchtungen, Wünsche und Nachfragen der Bürger im Landkreis zu untersuchen, wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts „EE-Regionen: Sozialökologie der Selbstversorgung“ eine telefonische Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Die Konzeption und Auswertung der Befragung erfolgte durch das gemeinnützige Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) – die Durchführung der telefonischen Interviews erfolgte durch das Institut für Sozialforschung und Kommunikation (SOKO).

Insgesamt wurden im September und Oktober 2012 im Landkreis Lüchow-Dannenberg 504 erwachsene Bewohner (ab 18 Jahren) telefonisch interviewt. Die Befragten wurden nach einem standardisierten Verfahren über alle Gemeinden des Landkreises hinweg repräsentativ ausgewählt. Eine ähnliche Telefonumfrage wurde innerhalb des Projekts bereits 2010 durchgeführt. Die Ergebnisse der ersten Befragung sind unter www.ee-regionen.de und www.ioew.de abrufbar. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der zweiten Befragungsrunde im Landkreis Lüchow-Dannenberg zusammengefasst. Am Ende jedes Kapitels erfolgt eine Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der ersten Befragung (aus 2010).

Eine vollständige Darstellung aller Ergebnisse (inkl. Vergleichen zwischen verschiedenen Kommunen und ausgewählten soziodemographischen Gruppen) wird im Sommer 2013 veröffentlicht.

Große Mehrheit befürwortet weiterhin Selbstversorgung mit EE

Von der politischen Zielsetzung des Landkreises, sich vollständig aus EE versorgen zu wollen, haben vor der Befragung schon zwei Drittel der Interviewten (67 %) gehört. Insgesamt (inkl. derjenigen Befragten, die dieses Ziel vorher nicht kannten) befürworten über vier Fünftel der Interviewten (82 %) diese energiepolitische Zielsetzung des Landkreises.² Den mit diesem Ziel notwendigerweise verbundenen Ausbau von EE-Anlagen im eigenen Landkreis befürworten nahezu genau so viele Befragte (78 %)³.

Allgemein abgefragt (ohne Bezug zur regionalen Ebene) befürworten noch mehr Personen – knapp neun von zehn Befragten (88 %) – EE. Dieser hohe Akzeptanzwert ist vergleichbar mit Ergebnissen bundesweiter Studien zur Einstellung gegenüber EE.⁴

Im Vergleich zur ersten Befragung in 2010 zeigen sich bei diesen Fragen nur geringe Veränderungen. Vom Ziel des Landkreises, sich vollständig aus EE versorgen zu wol-

¹ Anmerkung: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht im Weiteren auf eine getrennte Aufführung der männlichen und weiblichen Form verzichtet. Sofern dies nicht ausdrücklich anders vermerkt ist, sind jedoch beide Geschlechter gleichberechtigt gemeint, wenn von den Interviewteilnehmenden die Rede ist.

² „Befürwortung“ meint hier und im Folgenden die Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „befürworte ich sehr“ bis (5) „lehne ich stark ab“ auf die Frage „Wie bewerten Sie ...?“.

³ Dieser Wert liegt höher als vergleichbare bundesweite Ergebnisse, wie aus einer aktuellen Studie zur Akzeptanz Erneuerbarer Energien hervorgeht: 65 % der Befragten stimmen hier der Aussage zu, dass sie EE-Anlagen zur Stromerzeugung in der Nachbarschaft gut oder sehr gut finden (Agentur für Erneuerbare Energien e.V. (Hrsg.): Akzeptanz Erneuerbarer Energien in der deutschen Bevölkerung. *Renews Spezial*, Ausg. 56. Berlin. S.8)

⁴ So stimmen z.B. auch 85% der Befragten einer Studie des BMU der Notwendigkeit eines konsequenten Umstiegs auf EE zu (BMU, UBA (2010). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2010*. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage; S.11 und 43). Aus dem Jahr 2012 liegt ebenfalls eine Studie vor, welche zu ähnlichen Ergebnissen kommt: „94% der Deutschen unterstützen den verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien“, heißt es dort. (Agentur für Erneuerbare Energien e.V. (Hrsg.): *Akzeptanz Erneuerbarer Energien in der deutschen Bevölkerung. Renews Spezial*, Ausg. 56. Berlin; S.5)

len, hatten vor der ersten Befragung etwas weniger Interviewte (63 %) gehört. In der Befürwortung von EE (unabhängig vom Landkreis) waren keine bemerkenswerten Veränderungen zu beobachten.

Weiterhin hohe Akzeptanz von Solar-Dach-Anlagen – Skepsis gegenüber Biogasanlagen noch gestiegen

Werden die Bürger nach ihrer Bewertung konkreter EE-Technologien im Landkreis befragt, lassen sich große Unterschiede in der Akzeptanz erkennen: Mit über 82 % erreichen auf Dächern installierte Solaranlagen die höchste Befürwortung unter den Befragten, gefolgt von Windkraftanlagen, die 71 % der Befragten befürworten. Freistehende Solaranlagen werden von etwas mehr als der Hälfte der befragten Bürger (56 %) und Biogasanlagen nur von etwas mehr als jedem Dritten (38 %) befürwortet. Echte Ablehnung⁵ äußern 17 % der Befragten gegenüber freistehenden Solaranlagen und 28 % gegenüber Biogasanlagen.

Die folgende Graphik gibt einen Überblick über die beschriebenen Bewertungen von EE im Allgemeinen sowie spezifischer Anlagenarten:

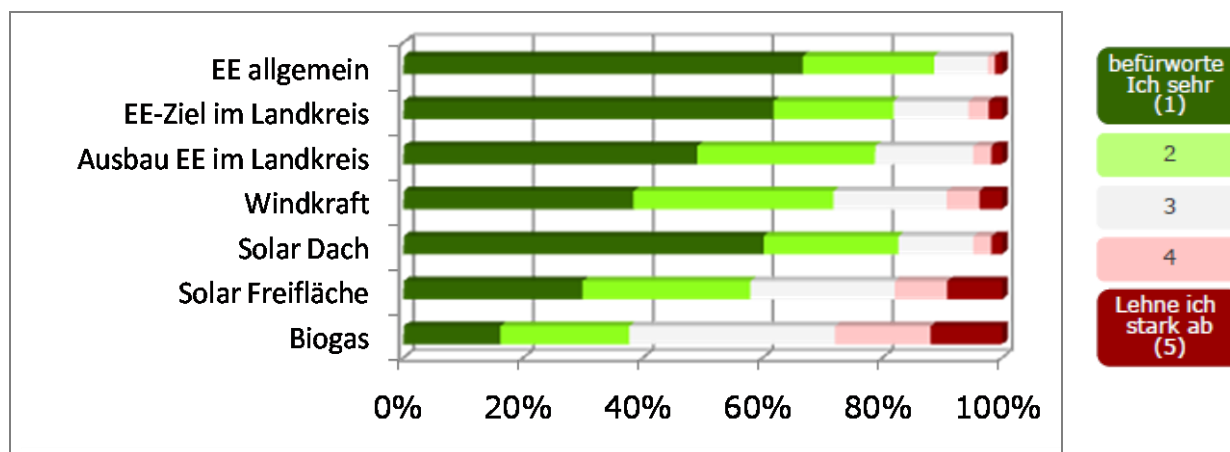


Abb. 1: Akzeptanz von EE im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Im Vergleich zur ersten Befragung 2010 ergeben sich für die Akzeptanz von Solar- und Windkraftanlagen keine nennenswerten Veränderungen. Die Skepsis gegenüber Biogasanlagen ist jedoch im zeitlichen Vergleich noch gestiegen – in der ersten Befragung 2010 wurde diese Technologie noch von fast der Hälfte der Befragten befürwortet (48 %) und nur von jedem Fünften (18 %) abgelehnt.

Befürchtungen gegenüber dem Anbau von Energiepflanzen noch gewachsen

Die Unterschiede in der Bewertung einzelner Anlagenarten können teilweise mit konkreten Befürchtungen bezüglich der jeweiligen Technologien erklärt werden. In Bezug auf Solaranlagen gibt es die geringste Anzahl kritischer Meinungen: In Bezug auf Solaranlagen auf Freiflächen werden mit 12 % am häufigsten negative Auswirkungen auf die Natur befürchtet (d.h. häufiger als z.B. ästhetische Bedenken oder Beeinträchtigungen durch Spiegelungen).⁶ Bei Windkraftanlagen befürchtet gut jeder vierte Bewohner (27 %) eine Bedrohung des Vogelflugs. Deutlich seltener wurden auch hier

⁵ Nennung der Antwortmöglichkeiten (4) oder (5) auf der Skala von 1 „befürworte ich sehr“ bis 5 „lehne ich stark ab“.

⁶ Die hier dargestellten Prozentwerte bezüglich der Befürchtungen geben den Anteil der Befragten wieder, die entsprechenden Aussagen (wie z.B. „Solaranlagen haben negative Auswirkungen auf die Natur.“ oder „Ich befürchte, dass Windkraftanlagen mit ihren Rotoren den Vogelflug bedrohen“) zustimmen. Zustimmung beinhaltet hier die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.

visuelle (11 % - 15 %) oder auditive (14 %) Störungen durch Windkraftanlagen genannt.

Gegenüber Biogasanlagen und dem mit diesen assoziierten Anbau von Energiepflanzen werden die meisten Befürchtungen geäußert. Auch hier sind größtenteils die ökologischen Auswirkungen Grund für die Bedenken: Über zwei Drittel der Befragten (69 %) befürchteten eine Zunahme von Monokulturen durch den Anbau von Energiepflanzen. Weiterhin wurde der negative Einfluss auf die Artenvielfalt sowie der Verlust von Anbauflächen für Nahrungsmittel von jeweils 60 % der Befragten als bedenklich eingeschätzt. Einen verstärkten Einsatz von genmanipulierten Pflanzen befürchteten 49 % der Befragten.

Die folgende Graphik gibt einen Überblick über die beschriebenen Befürchtungen gegenüber Biogasanlagen und dem damit verbundenen Anbau von Energiepflanzen:

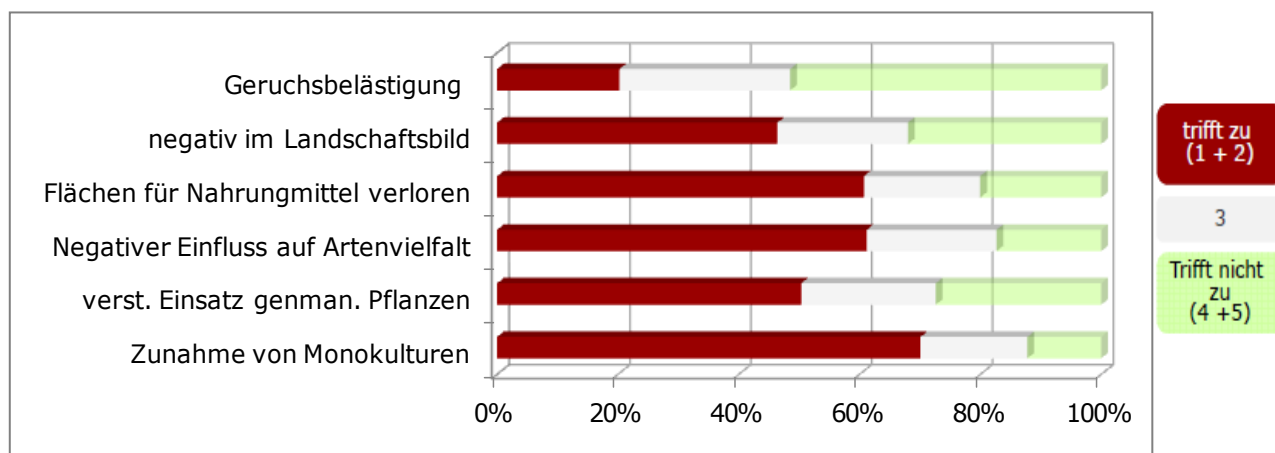


Abb. 2: Befürchtungen gegenüber Biogasanlagen und dem Anbau von Energiepflanzen im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Im zeitlichen Vergleich haben, analog zur kritischeren Gesamtbewertung von Biomasseanlagen, auch konkrete Befürchtungen bezüglich dem Anbau von Energiepflanzen zugenommen: Eine Zunahme von Monokulturen befürchteten im Jahr 2010 nur 57 % der Befragten, 47 % waren der Meinung, dass die Artenvielfalt gefährdet würde und 44 % der Interviewten befürchteten einen Verlust von Anbauflächen für Nahrungsmittel. Außerdem schätzten damals rund zwei von fünf (41 %) der Befragten den verstärkten Einsatz genmanipulierter Pflanzen als bedenklich ein. Tendenziell haben auch die Befürchtungen, dass Solar- oder Windkraftanlagen die Natur negativ beeinflussen würden, in der zweiten Befragungsrunde zugenommen. 2010 befürchteten nur 7 % der Befragten gefährdende Auswirkungen von Solaranlagen auf die Natur, und 21 % sorgten sich um eine Bedrohung des Vogelflugs durch Windkraftanlagen. Visuelle und auditive Störfaktoren hingegen wurden in der aktuellen Erhebungswelle als weniger bedenklich eingestuft.

Information und Beteiligung – Unterschiede zwischen gewünschter und vorhandener Information leicht verringert

Fast neun von zehn Befragten (86 %) ist es wichtig, über die Vorhaben im Bereich EE informiert zu werden.⁷ Nur ein knappes Drittel (31 %) ist jedoch der Meinung, dass

⁷ Die hier dargestellten Prozentwerte geben wieder den Anteil der Befragten an, die entsprechenden Aussagen zustimmen (wie z.B. „Mir ist es wichtig, dass ich über die Vorhaben des Landkreises im Bereich Erneuerbare Energien informiert werde.“ oder „Unser Landkreis informiert uns Bürger ausreichend über den Ausbau der Erneuerbaren Energien.“). Zustimmung beinhaltet hier wieder die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.



der Landkreis die Bürger ausreichend über den Ausbau der EE informiert. Eine ähnliche Diskrepanz zwischen den Wünschen der Bürger und ihrer Bewertung der tatsächlichen Informationslage findet man auch bei weiteren Formen der Bürgereinbeziehung: Jeweils mehr als acht von zehn Befragten finden, dass beim Ausbau von EE die Meinung der Bürger eingeholt werden sollte (88 %) und die Bürger bei der Planung mitentscheiden sollten (82 %). Auf der anderen Seite findet nur knapp jeder Dritte (32 %), dass die Meinung der Bevölkerung zu EE-Anlagen in Lüchow-Dannenberg eingeholt wird und noch weit weniger Befragte (19 %) stimmen der Aussage zu, dass die Entscheidungen beim Ausbau der EE in Lüchow-Dannenberg gemeinsam mit der Bevölkerung getroffen werden.

In den Wünschen nach Konsultation und Mitspracherecht im Planungsprozess ergeben sich kaum Änderungen gegenüber der ersten Befragung. Es zeigen sich jedoch leichte Tendenzen hin zu einer positiveren Bewertung der tatsächlichen Information und Beteiligung der Bürger. So hat im Jahr 2010 nur jeder Fünfte (21 %) angegeben, ausreichend über den Ausbau von EE informiert zu werden. Ähnliche Tendenzen sind auch bei den weiteren Bewertungen der Einbeziehung der Bürger zu beobachten.

Information vor allem über regionale Medien und persönliche Netzwerke

Knapp drei von vier Befragten (73 %) interessieren sich für die Nutzung von EE im Landkreis.⁸ Persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten sowie die Regionalpresse stellen mit 73 % bzw. 74 % die am häufigsten genutzten Quellen dar, um sich über den Ausbau und die Nutzung von EE in Lüchow-Dannenberg zu bilden. Regionalradio und -fernsehen (39 %) sowie Informationsbroschüren und Flyer verschiedener Quellen (38 %) sind weitere relevante Informationskanäle zum Thema; das Gemeinde-/Amtsblatt (31 %) sowie Informationsveranstaltungen und Besichtigungen (29 %) und das Internet (24 %) zählen, in absteigender Relevanz, ebenso dazu. Bürgerversammlungen und Treffen von Initiativen, Gruppen, Parteien und Verbänden werden (mit je 18 %) seltener zur Information über EE genutzt.⁹

Im Vergleich zur ersten Befragungsrunde 2010 ergaben sich nur geringfügige Änderungen. Die meisten Befragten (77 %) nutzten 2010 die Regionalpresse, um sich zu informieren. Persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten (75 %) und das Regionalradio und -fernsehen (45 %) stellten auch in 2010 zusätzliche wichtige Informationsquellen dar. Das Internet sowie gezielte Informationsveranstaltungen und Besichtigungen sind in ihrer Bedeutung gegenüber 2010 (20 % und 26 %) leicht gestiegen.

Meinungen über EE meist nur im Bekanntenkreis geäußert

Fast drei Viertel der Befragten (73 %) äußern ihre eigene Meinung über EE im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz.¹⁰ Unterschriftensammlungen stellen für gut vier von zehn Befragten (42 %) ein Mittel dar, mit dem sie schon ihre Meinung zum Thema EE öffentlich gemacht haben. Ein Drittel der Befragten (33 %) hat schon an Demonstrationen zu dem Thema teilgenommen und auch Bürgerversammlungen wurden von einem Viertel (25 %) der Befragten als Meinungsplattform genutzt.

⁸ Vorhandenes Interesse meint hier die Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „interessiere mich sehr“ bis (5) „interessiere mich überhaupt nicht“ auf die Frage „Wie stark interessieren Sie sich für die Nutzung von EE in Lüchow-Dannenberg?“.

⁹ Bei dieser Frage wurde die Häufigkeit der Nutzung bestimmter Informationsquellen erfragt. Die angegebenen Prozentzahlen beziehen sich jeweils auf die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „sehr häufig“ bis (5) „nie“.

¹⁰ Auf die Frage, wie die Befragten ihre Meinung zu den jeweiligen Anlagenarten zur Geltung bringen oder politisch Einfluss nehmen, konnte bezüglich verschiedenen Formen der Meinungsäußerung jeweils mit (1) „habe ich schon gemacht“, (2) „würde ich grundsätzlich machen“ oder (3) „würde ich grundsätzlich nicht machen“ geantwortet werden.

Bürgerinitiativen (15 %) oder das Internet (13 %) dienten bisher nur selten als Mittel der Meinungsäußerung zum Thema EE in Lüchow-Dannenberg.

Im Vergleich zu den Ergebnissen aus 2010 nutzen in 2012 tendenziell etwas mehr Befragte vielfältigere Formen der Meinungsäußerung.¹¹

Immer noch größeres Vertrauen in regionale Akteure

Regionalen Akteuren wird in Lüchow-Dannenberg eindeutig mehr Vertrauen zugesprochen als überregionalen Investoren, Betreibern oder Energieunternehmen. Über ein Drittel der Befragten (37 %) hat großes Vertrauen¹² in Anlagenbetreiber oder Investoren aus dem Landkreis, wohingegen nur jeder neunte Studienteilnehmer (11 %) Anlagenbetreiber oder Investoren, die nicht aus Lüchow-Dannenberg stammen, als vertrauenswürdig einschätzt. Nur 7 % der Befragten bringen Energiekonzernen großes Vertrauen entgegen.

Die folgende Graphik gibt einen Überblick über das jeweilige Maß an Vertrauen, das den verschiedenen Akteursgruppen zugeschrieben wird:

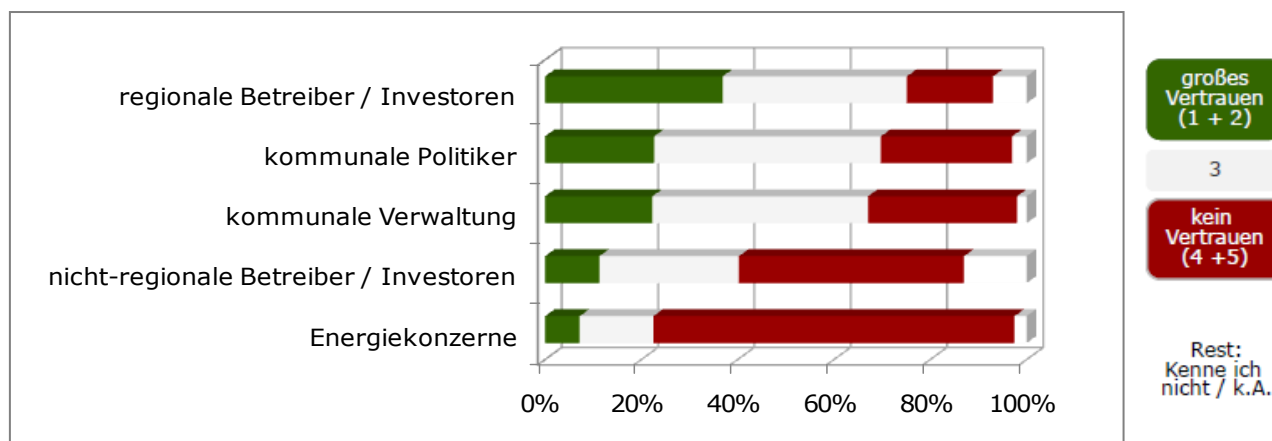


Abb. 3: Vertrauen in verschiedene Akteursgruppen im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Gegenüber 2010 ergaben sich hier keine nennenswerten Änderungen.

Stromnetz: Netzbetriebung durch Kommune von Mehrheit befürwortet - Geteiltes Bild hinsichtlich der Akzeptanz von Überland-Leitungen

Über drei Viertel der Befragten (77 %) wünschen sich ihre Kommune (anstatt eines großen Energiekonzerns) als Betreiber des Stromnetzes.¹³ Etwa die Hälfte (52 %) der Lüchow-Dannenger Befragten würde den Bau von Überland-Leitungen im Landkreis, aufgrund der Notwendigkeit eines Stromnetzausbaus, akzeptieren¹⁴ – immerhin jeder Vierte (27 %) widerspricht jedoch dieser Aussage.

¹¹ Ein detaillierterer Vergleich ist hier aufgrund leicht veränderter Fragestellung nicht möglich.

¹² Großes Vertrauen impliziert hier die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „sehr großes Vertrauen“ bis (5) „überhaupt kein Vertrauen“ auf die Frage wie groß das Vertrauen ist, das die Befragten den einzelnen Personengruppen entgegenbringen. Kein Vertrauen meint die Antworten (4) und (5) auf derselben Skala.

¹³ Hier wurde die Zustimmung zur Aussage „Ich fände es gut, wenn das Stromnetz durch den Landkreis - und nicht durch einen großen Energieversorger - betrieben wird.“ abgefragt. Zustimmung beinhaltet hier die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.

¹⁴ Dieses Ergebnis basiert auf dem Antwortverhalten zu der Frage: „Der Ausbau des Stromnetzes ist so wichtig, dass ich Überland-Leitungen hier im Landkreis akzeptieren würde.“; Zustimmung beinhaltet hier die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.



Im zeitlichen Vergleich konnten nur geringfügige Veränderungen beobachtet werden. So hat im Jahr 2010 noch ein etwas größerer Anteil der befragten Bürger (80 %) den Betrieb des Stromnetzes durch die Kommune gewünscht.¹⁵

Mehrzahl der Befragten vermutet einen positiven wirtschaftlichen Einfluss des Ausbaus von EE im Landkreis

Etwas weniger als zwei Drittel der Befragten (62 %) sind der Meinung, dass sich der regionale EE-Ausbau positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis auswirkt¹⁶ und etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) vermuten einen positiven Einfluss auf das regionale Arbeitsplatzangebot. Vier von zehn Studienteilnehmer (40 %) meinen, dass sich der Ausbau auf Dauer auch für sie als Bewohner finanziell lohnen wird.

Tendenziell wurden in der ersten Befragung in 2010 die wirtschaftlichen Auswirkungen des EE-Ausbaus noch etwas positiver gesehen. Damals waren zwei Drittel (66 %) der Meinung, dass sich der regionale EE-Ausbau für die wirtschaftliche Entwicklung in Lüchow-Dannenberg lohnt, 60 % der Befragten erhofften sich einen positiven Effekt auf das Arbeitsplatzangebot in der Region und 45 % waren der Meinung, dass sich der Ausbau des EE-Netzes langfristig auch für sie persönlich auszahlen würde.

Bürger sehen sich selbst in der Verantwortung und vermuten größten Einfluss durch Energiekonsum

Die große Mehrheit der Befragten (89 %) betrachtet die Bürger und somit auch sich selbst als mitverantwortlich für die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung durch EE.¹⁷ Von fast zwei Drittel der Befragten (65 %) wird ein großer Einfluss von Bürgern auf das Energiesystem durch die Reduzierung des eigenen Energieverbrauchs vermutet.¹⁸ Die Möglichkeiten von Bürgern, den EE-Ausbau zu fördern, schätzt jedoch nur ein kleiner Teil der Befragten (42 %) als groß ein.¹⁹ Dabei sehen mehr Befragte eine mögliche Einflussnahme von Bürgern durch finanzielle Beteiligungen (50 %)²⁰, als durch politisches Engagement (30 %).²¹ Ein Vergleich zur Befragung in 2010 kann leider nicht gezogen werden.

¹⁵ Zur Akzeptanz von Überland-Leitungen kann kein Vergleich gezogen werden, da dieser Aspekt in der ersten Befragung noch nicht abgefragt wurde.

¹⁶ Die hier dargestellten Prozentwerte geben wieder den Anteil der Befragten an, die entsprechenden Aussagen zustimmen (wie z.B. „Der Ausbau von EE direkt im Landkreis Lüchow-Dannenberg wirkt sich meiner Meinung nach positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landkreises aus.“). Zustimmung beinhaltet hier wieder die Antwortmöglichkeiten (1) und (2) auf einer Skala von (1) „Trifft voll und ganz zu“ bis (5) „Trifft überhaupt nicht zu“.

¹⁷ Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) oder (2) auf einer Skala von 1 "in großem Maße verantwortlich" und die 5 "überhaupt nicht verantwortlich" auf die Frage "Was meinen Sie: In welchem Ausmaß sind die folgenden Personengruppen für die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung durch Erneuerbare Energien verantwortlich. Wir alle und somit auch ich selbst."

¹⁸ Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) oder (2) auf einer Skala von 1 "sehr großer Einfluss" und 5 "kein Einfluss" auf die Frage "Und für wie groß halten Sie den Einfluss, den Bürger durch eine Reduzierung des eigenen Energieverbrauchs im Haushalts auf das Energiesystem in Deutschland nehmen können?"

¹⁹ Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) oder (2) auf einer Skala von 1 „große Möglichkeiten“ bis 5 „überhaupt keine Möglichkeiten“ auf die Frage "Für wie groß halten Sie die Möglichkeiten der Bürger und somit auch von Ihnen selbst, den Ausbau Erneuerbarer Energien zu fördern?"

²⁰ Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) oder (2) auf einer Skala von 1 "sehr großer Einfluss" und 5 "kein Einfluss" auf die Frage " Und für wie groß halten Sie den Einfluss, den Bürger durch finanzielle Beteiligungen (in Form von Investitionen in eigene Anlagen oder Gemeinschaftsanlagen) auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien nehmen können?"

²¹ Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) oder (2) auf einer Skala von 1 "sehr großer Einfluss" und 5 "kein Einfluss" auf die Frage "Für wie groß halten Sie den Einfluss, den normale Bürger wie Sie, durch politisches Engagement auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien nehmen können?"

Hohe Bereitschaft für Investitionen in Solar- und Windkraftanlagen

Nur sehr wenige der Befragten sind finanziell an EE-Anlagen beteiligt. Nach eigenen Angaben sind 4 % der Interviewten an Windkraftanlagen innerhalb des Landkreises beteiligt (hinzu kommen 3 %, die an Anlagen außerhalb des Landkreises beteiligt sind). Etwas weniger Befragte sind beteiligt an Solaranlagen (3 % an Anlagen innerhalb und 2 % an Anlagen außerhalb des Landkreises) oder Biogasanlagen (ebenfalls 3 % an Anlagen innerhalb und nur einer der 504 Befragten an einer Anlage außerhalb des Landkreises).

Prinzipiell besteht jedoch (insbesondere bei Solar- und Windkraft) eine breite Investitionsbereitschaft²² unter den Befragten. Über die Hälfte (jeweils 54 %) der Interviewten, die noch nicht an einer Anlage beteiligt sind, geben an, prinzipiell zu solch einer Beteiligung bereit zu sein - allerdings haben von diesen beteiligungsbereiten Befragten über drei Viertel (81 %) noch keine konkreten Pläne hinsichtlich einer Beteiligung (und nur 3 % planen, sich innerhalb der nächsten 12 Monate an einer Windkraftanlage zu beteiligen; im Fall von Solaranlagen planen dies 2 %). Bezüglich Biogasanlagen wäre nur jeder vierte Befragte (27 %) generell zu einer Beteiligung bereit.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei Solaranlagen in privatem Besitz: Mehr als jeder vierte Befragte (26 %) besitzt nach eigenen Angaben eine Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlage. Drei Viertel der Befragten (75 %) ohne eigene Solaranlage wären grundsätzlich zur Installation einer solchen bereit. Von diesen prinzipiell investitionsbereiten Befragten hat jedoch ein Großteil (70 %) keinerlei konkrete Pläne bezüglich der Anschaffung einer Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlage. Die folgende Graphik gibt einen Überblick über die Beteiligungen (bzw. den Besitz) und die Investitionsbereitschaften hinsichtlich verschiedener Anlagenarten:

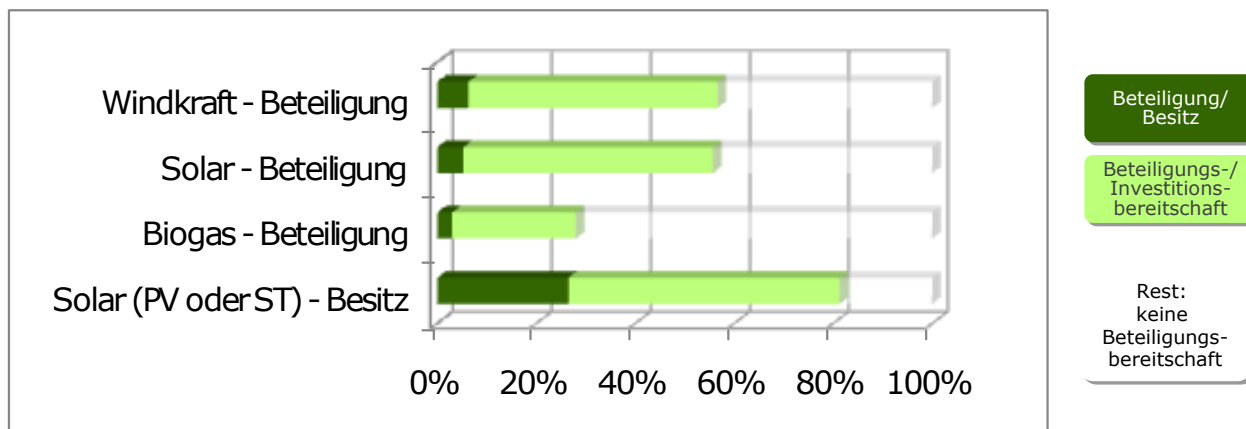


Abb. 4: Beteiligungen und Beteiligungsbereitschaften bezüglich verschiedener Anlagenarten im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Im Vergleich zu 2010 ergibt sich in der zweiten Befragungsrunde 2012 im Hinblick auf Beteiligungen und Beteiligungsbereitschaften an EE-Anlagen ein nur leicht modifiziertes Bild. Aktuell sind (nach eigenen Angaben) etwas mehr Befragte an gemeinschaftlichen Anlagen finanziell beteiligt und/oder besitzen eigene Solaranlagen, als in der Befragung im Jahr 2010. In der prinzipiellen Beteiligungsbereitschaft ist hinsichtlich Windkraft- und Solaranlagen kaum eine Veränderung zu erkennen. Allerdings

²² Prinzipielle Bereitschaft meint hier die Nennung von (1) „Ja, auf jeden Fall“ oder (2) „Ja, möglicherweise“ auf die Frage „Wären Sie grundsätzlich bereit, sich finanziell in Form von Anteilen oder einem Fond an einer Anlage (getrennt nach PV, Wind und Biomasse) zu beteiligen?“. Diese Frage wurde allen gestellt, die nicht an einer Anlage beteiligt sind.



gaben in 2010 noch mehr Studienteilnehmer (42 %) an, prinzipiell an einer Beteiligung an Biogasanlagen interessiert zu sein.

Jeder Zweite bezieht nach eigenen Angaben Ökostrom

Mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) bezieht nach eigenen Angaben²³ Ökostrom.²⁴ Von den Interviewten, die noch keinen Ökostrom beziehen, wäre mehr als jeder Zweite (52 %) grundsätzlich dazu bereit, einen Aufpreis für Strom aus EE zu zahlen.²⁵ Würde die Stromversorgung durch einen regionalen Anbieter bereit gestellt, würden sich zusätzlich 27 % der Befragten bereit erklären, einen Aufpreis zu zahlen, obwohl sie einen Aufpreis für Ökostrombezug von einem nicht-regionalen Versorger abgelehnt hätten. Am wichtigsten bezüglich Ihres Stroms ist den Befragten die Sicherheit der Stromversorgung (Versorgungssicherheit, Sicherheit vor Risiken und langfristige Sicherung des Energiebedarfs) und möglichst geringe ökologische Auswirkungen der Stromerzeugung: jeweils über neun von zehn Befragten (92 % - 96 %) befinden diese Punkte als wichtig oder sehr wichtig.²⁶ Regionale Produktion des Stroms ist drei Viertel der Befragten (75 %) und dass auch die Bürger selbst finanziell an der Stromerzeugung beteiligt sind, nur etwas mehr als der Hälfte der Befragten (56 %) (sehr) wichtig.

Im Vergleich zu 2010 erhöhte sich die Zahl derer, die nun nach eigenen Angaben Strom aus EE beziehen. In jenem Jahr waren dies nur 42 % der Befragten. Darüber hinaus ergaben sich in den weiteren Fragen kaum Änderungen.

Stückholz, Solarwärme und Holzpellets als Wunschformen der Wärmeversorgung

Bei der Art der Heizung wurde sowohl die aktuell vorhandene als auch die gewünschte Versorgungsart abgefragt. Als aktuelle primäre Heizquelle werden am häufigsten Erdgas (34 %), Stückholz (26 %) und Heizöl (22 %) genannt.²⁷ Als zusätzliche Heizquellen werden am häufigsten Stückholz (33 %) und Erdgas (9 %) verwendet.²⁸ Ein Großteil der Befragten (35 %) gab jedoch an, auf keine weitere Heizquelle zurückzugreifen. Gewünscht werden zur häuslichen Wärmeversorgung ebenfalls häufig Stückholz (von 41 % der Befragten), an zweiter Stelle Solarwärme (19 %) noch vor Erdgas (16 %) und Holzpellets (13 %).²⁹ Gegenüber Nahwärmenetzen, deren Wärme durch EE (z.B. durch Biogasanlagen und Biomasseheizwerke) produziert wird, besteht eine prinzipielle Offenheit. So nennen zwar nur 3 % der Befragten in einer offenen Frage Nahwärme als Wunsch-Heizform. Auf die direkte Frage, inwieweit ein Anschluss an ein durch EE gespeistes Nahwärmenetz in Frage komme, geben jedoch fast die

²³ Aufgrund von Diskrepanzen zwischen selbstberichtetem und tatsächlichem Verhalten müssen diese Zahlen kritisch betrachtet werden. Laut einem Bericht der Bundesnetzagentur bezogen im Jahr 2011 z.B. 8 % der privaten Haushalte im gesamten Bundesgebiet Ökostrom (vgl. Bundesnetzagentur (2011): Monitoringbericht 2011. S.150). Einer Studie der Agentur für Erneuerbare Energien zufolge liegt der selbstberichtete Ökostrombezug in Deutschland jedoch (laut Selbstausskunft der Befragten) bei 18 % (Agentur für Erneuerbare Energien e.V. (Hrsg.): Akzeptanz Erneuerbarer Energien in der deutschen Bevölkerung. Renew's Spezial, Ausg. 56. Berlin. S.6). Vergleicht man die verschiedenen Studien auf Bundes- und Länderebene, kann man jedoch von einem überdurchschnittlichen Bezug von Ökostrom im Landkreis ausgehen.

²⁴ Antwort „Ja“ auf die Frage „Beziehen Sie Strom aus Erneuerbaren Energien, sogenannten Ökostrom?“.

²⁵ Antwort „Ja“ auf die Frage „Wären Sie grundsätzlich bereit, einen Aufpreis für Strom aus Erneuerbaren Energien zu bezahlen?“. Diese Frage wurde nur den Studienteilnehmern gestellt, die keinen Ökostrom beziehen.

²⁶ Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) oder (2) auf der Skala von 1 „sehr wichtig“ bis 5 „überhaupt nicht wichtig“.

²⁷ Bei dieser Frage wurde die primäre Heizform („Womit wird Ihre Wohnung oder Ihr Haus hauptsächlich geheizt?“) abgefragt.

²⁸ Bei dieser Frage waren bis zu fünf Nennungen zusätzlicher Heizquellen („Womit wird Ihre Wohnung oder Ihr Haus geheizt?“) möglich.

²⁹ Bei dieser Frage waren bis zu fünf Nennungen gewünschter Heizquellen („Womit würden Sie am liebsten heizen?“) möglich.



Hälfte der Befragten (47 %) eine prinzipielle Anschlussbereitschaft an ein EE-gespeistes Nahwärmenetz an.³⁰ Auch hinsichtlich der Wärmeversorgung ist den Befragten die Sicherheit (Versorgungssicherheit, Sicherheit vor Risiken und langfristige Sicherung des Energiebedarfs) und möglichst geringe ökologische Auswirkungen der Wärmeerzeugung am wichtigsten: jeweils über neun von zehn Befragten (92 % - 96 %) befinden diese Punkte als wichtig oder sehr wichtig.³¹

Im Vergleich zu 2010 sind nur leichte Veränderungen hinsichtlich der genutzten und gewünschten Heizformen zu beobachten.³²

Fazit

In weiten Teilen bestätigt sich in der aktuellen Befragung das Meinungsbild der ersten Befragungsrunde im Jahr 2010: die große Mehrheit der Bewohner Lüchow-Dannenburgs befürwortet den Umstieg auf EE. Für den EE-Ausbau werden von den Bewohnern Solaranlagen auf Dächern und Windkraftanlagen bevorzugt. Biogasanlagen und vor allem der mit der Nutzung dieser Anlagen assoziierte Anbau von Energiepflanzen wird sehr kritisch gesehen – hier sind die Befürchtungen gegenüber dem Jahr 2010 sogar noch gestiegen. Im Vergleich mit den anderen untersuchten Kommunen erfahren Biogasanlagen in Lüchow-Dannenberg jedoch noch die größte Akzeptanz.

Die Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten beim EE-Ausbau im Landkreis werden immer noch kritisch betrachtet. Tendenziell scheint sich jedoch die Informationslage aktuell gegenüber der ersten Befragung etwas verbessert zu haben. Ihre Informationen beziehen die meisten befragten Bürger, wie auch vor zwei Jahren, über regionale Medien und persönliche Netzwerke. Zur Informationsbeschaffung werden auch aktuell meist regionale Medien und persönliche Netzwerke genutzt. Die Bedeutung des Internets in diesem Kontext hat leicht zugenommen.

Die Befragten sehen auch sich selbst als Bürger in der Verantwortung für die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung. Den größten Einfluss sehen sie dabei in der Reduzierung des eigenen Energieverbrauchs. Politische und finanzielle Beteiligungen werden nur von einem Teil der Bürger als Einflussmöglichkeiten gesehen. So hat sich auch das Bild hinsichtlich der Beteiligung an Gemeinschaftsanlagen gegenüber 2010 nur leicht verändert: immer noch ist ein Großteil der Bewohner prinzipiell zu einer Beteiligung bereit. Noch immer sind es jedoch nur wenige Befragte, die sich bereits an einer Anlage beteiligten oder die konkrete Absicht haben, dies in naher Zukunft zu tun. Auch bei der finanziellen Beteiligung bestehen somit – wie auch im Ausbau der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten – weitere Potenziale, die Bürger noch mehr in den Prozess der regionalen Energiewende einzubeziehen.

³⁰ „Prinzipielle Bereitschaft“ meint hier die Nennung von (1) oder (2) auf einer Skala von (1) „auf jeden Fall“ bis (5) „auf keinen Fall“ auf die Frage „Inwieweit kommt für Sie ein Anschluss an ein Nahwärmenetz, dessen Wärme durch Erneuerbare Energien (z.B. Biogasanlagen und Biomasseheizwerken) produziert wird, in Frage?“.

³¹ Nennung der Antwortmöglichkeiten (1) oder (2) auf der Skala von 1 „sehr wichtig“ bis 5 „überhaupt nicht wichtig“.

³² Aufgrund einer Erweiterung der Fragestellung gegenüber der Befragung in 2010 kann hier ein direkter Vergleich nur mit Einschränkungen gezogen werden.



Der Hintergrund der Befragung / Das Projekt „EE-Regionen“

Die hier skizzierte telefonische Bevölkerungsbefragung ist Bestandteil des interdisziplinären Forschungsprojekts „EE-Regionen: Sozialökologie der Selbstversorgung“. Die Durchführung des Projekts erfolgt durch das Zentrum für Erneuerbare Energien (ZEE) der Universität Freiburg in Kooperation mit der Universität Hohenheim und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Gefördert wird das Projekt für einen Zeitraum von vier Jahren (05/2009 – 04/2013) durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Förderschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“. Weitere Informationen zum Projekt finden sich unter der Projekthomepage www.ee-regionen.de.

In diesem Projekt werden die Erfolgsbedingungen einer vollständigen Energieversorgung (Strom und Wärme) von Kommunen und Regionen auf der Basis von erneuerbaren Energien (im Folgenden kurz EE-Selbstversorgung) erarbeitet. Dazu erfolgt eine integrierte Betrachtung ökologischer, ökonomischer, sozialer und technischer Faktoren der EE-Selbstversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Nutzung von Bioenergie. Aus den Ergebnissen dieser Betrachtung werden Handlungsempfehlungen für kommunale Entscheidungsträger und andere relevante Akteure abgeleitet und ein „Wegweiser“ entwickelt, der als Hilfestellung für die sozial-ökologische Umsetzung von EE-Selbstversorgungszielen dienen soll. Zur ganzheitlichen Analyse des Untersuchungsgegenstandes findet eine Zusammenarbeit verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen in fünf Bausteinen statt. Der enge Bezug zur gesellschaftlichen Praxis wird durch die Anbindung an vier Partnerkommunen und die Einbindung der relevanten gesellschaftlichen Akteure gewährleistet. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist eine dieser vier ausgewählten Partnerkommunen.

Auf dem Weg zum Ziel der EE-Selbstversorgung müssen ergänzend zu technischen und ökonomischen Bedingungen und den politisch-instrumentellen Rahmenfaktoren auch soziale Einflüsse berücksichtigt werden. Dabei ist die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger ein zentraler sozialer Erfolgsfaktor. Meinungsumfragen zeigen eine immer größer werdende Akzeptanz der Nutzung und des Ausbaus von EE. Gleichzeitig häufen sich Proteste betroffener Bürger auf kommunaler Ebene gegen geplante Anlagen. Um die individuellen und von den regionalen Rahmenbedingungen abhängigen Einstellungen, Wünsche und Handlungsbereitschaften bezüglich des regionalen Ausbaus von EE zu untersuchen, wurden insgesamt 2411 Personen in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg, Schwäbisch Hall und Sigmaringen sowie in den Gemeinden Wolpertshausen und Morbach anhand eines strukturierten Fragebogens für im Durchschnitt ca. 30 Minuten befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte auf Basis einer geschichteten Zufallsstichprobe. Die Durchführung der Umfragen erfolgte im September und Oktober 2012 durch das "SOKO-Institut für Sozialforschung und Kommunikation". Schon im Sommer 2010 wurde eine erste Befragung im Landkreis Lüchow-Dannenberg durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung finden Sie unter ee-regionen.de und ioew.de.

Das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Das IÖW ist ein führendes wissenschaftliches Institut auf dem Gebiet der praxisorientierten Nachhaltigkeitsforschung. Das Institut erarbeitet Strategien und Handlungsansätze für ein zukunftsfähiges Wirtschaften – für eine Ökonomie, die ein gutes Leben ermöglicht und die natürlichen Grundlagen erhält.

Am IÖW arbeiten renommierte Forscher zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen in interdisziplinären Teams zusammen. Forschungsschwerpunkte des IÖW sind Nachhaltige Unternehmensführung, klimaschonende Energiesysteme, Neue Technologien oder Nachhaltiger Konsum. Mehr Informationen zum IÖW finden sich unter www.ioew.de.